

# «Ich wollte mit meinem Vorgehen Druck erzeugen»

: Der Landtag hat entschieden, dass die AHV ab dem Jahr 2018 keinen Staatsbeitrag mehr erhalten soll. Damit soll gemäss Manfred Batliner die AHV enkeltauglich gemacht werden. AHV-Präsident Peter Wolff ist alles andere als glücklich mit dieser Entscheidung. Er spricht von fehlender Planungssicherheit. Im Streitgespräch kommen die unterschiedlichen Argumente deutlich zum Vorschein.

Von Alexander Batliner

*Herr Batliner, Sie haben im Landtag den Antrag gestellt, mit welchem die AHV ab 2018 keinen Staatsbeitrag mehr erhält. Ihrem Antrag wurde mit 13 Stimmen zugestimmt. Wieso wollen Sie, dass die AHV keinen Staatsbeitrag mehr bekommt?*

**Manfred Batliner:** Es war nicht meine Intention, dass die AHV keinen Staatsbeitrag mehr erhält. Ich wollte mit meinem Vorgehen Druck erzeugen, damit die Regierung das Problem um die demographische Entwicklung der Bevölkerung, welche Auswirkungen auf die AHV hat, an die Hand nimmt. Es ist Tatsache, dass in den nächsten 30 Jahren die Altersgruppe der 0–19-jährigen und jene der erwerbstätigen Bevölkerung der 20–64-jährigen mehr oder weniger konstant bleiben, jedoch die Altersgruppe 65+ und somit jene, die AHV bezieht, einen enormen Zuwachs zu verzeichnen haben wird. Die Folgen dieser Bevölkerungsentwicklung müssen wir jetzt lösen, da sonst die AHV vor existentielle Probleme gestellt werden wird.

*Dr. Wolff, Sie haben von einem stümperhaftem Vorgehen gesprochen, was den Antrag und den Mehrheitsentscheid des Landtags betrifft. Weshalb ist ein Entscheid stümperhaft, wenn versucht wird, langfristig eine schwierige Situation abzuwenden?*



*Die AHV und damit die Rentner, die davon Geld beziehen, wollen wir nicht hängen lassen, das kann sich gar niemand leisten. (Peter Wolff)*

**Dr. Peter Wolff:** Stümperhaft war nicht die Intention oder das dahinter stehende Motiv, sondern der Antrag als solcher. Manfred Batliner hat in der ersten Lesung zu diesem Gesetz zum Ausdruck gebracht, was seine Intention ist. Er sagte gemäss Landtagsprotokoll im Juni-Landtag zu dieser Thematik: «Ich hätte den Wunsch, dass wir auf die zweite Lesung eine Gesetzesformulierung geliefert kriegen, wonach dieser Vorschlag - nämlich der

Vorschlag der Regierung - jetzt nur Gültigkeit für die Jahre 2015 - 2017 hat und danach wieder die alte Regelung in Kraft tritt». Das wäre - wenn er diese Intention hat - der richtige Antrag gewesen. Dann wäre einerseits die Finanzierung der AHV gesichert gewesen und andererseits wäre natürlich Druck, ja sogar mehr Druck auf die Regierung ausgeübt worden. Dann hätte die Regierung bis spätestens 2017 etwas akzeptables für die weitere Zukunft der AHV

vorschlagen müssen, sofern sie die Meinung vertritt, dass der Staatshaushalt nicht höher belastet werden soll.

**Manfred Batliner:** Das ist eigentlich gar nicht das wichtige Thema. Wir reden hier nur von der Geldtransferverschiebung von der Staatskasse zu AHV-Kasse. Seit dem Jahr 2008 gibt es das Bevölkerungsentwicklungsgutachten. Dieses belegt, dass etwas getan werden muss. Die AHV



«Ich bin nicht einverstanden damit, dass die Beiträge nur mit der Begründung, dass wir es heute zwar nicht brauchen aber vielleicht in 30 Jahren, erhöht werden sollen». (Peter Wolff)

selbst schreibt ja, dass sie für die politische Entscheidung nicht zuständig sei. Dies müsse die Politik tun. Die Politik hat sich nun entschieden, Druck aufzusetzen. Mir ist bewusst, dass es ein unangenehmes Thema, ja sogar ein schwieriges Thema ist. Aber ich denke, wir müssen uns dieses Themas annehmen, da es vor-ausschlagend ist, dass die AHV Probleme bekommt. Denn obwohl seit dem Jahr 2008 die Thematik bekannt ist, kenne ich selbst noch keine Aktivität, die etwas gegen diese Entwicklung unternimmt. Nun ist die Regierung dazu gezwungen, etwas zu unternehmen.

**Dr. Peter Wolff:** Das ist einerseits richtig, andererseits würde ich schon an das voran gesagte noch einmal anschliessen. Es war meiner Meinung nach der falsche Weg, in der Art auf die Regierung Druck aufzusetzen, dass die AHV zumindest theoretisch der Perspektive ausgesetzt wird, dass sie ab 2018 gar nichts mehr bekommt, sofern nicht wieder eine passende Neuregelung gefunden wird. Zum anderen Thema der Bevölkerungsentwicklung ist zu sagen, dass es meiner Meinung nach nicht möglich ist, zum heu-

tigen Zeitpunkt eine perfekte Lösung zu finden, von der man sagen kann, ganz gleich was passiert, für die nächsten 30 oder 50 Jahre ist mit dieser Lösung alles vorgesorgt. Dann müsste man die AHV abschaffen. Dann könnte man sagen, es kann uns nichts mehr passieren. Weniger überspitzt ausgedrückt müssten die Leistungen so herunter gefahren und die Belastungen so hinauf gesetzt werden, dass nichts mehr passieren kann. Dann könnte man sagen, dass auch bei den extremsten Zukunftsvoraussagen die AHV gesichert wäre. Das erschiene mir ungerechtfertigt gegenüber den heutigen Beitragszahlern und gegenüber den Renten der nächsten fünf, zehn oder 15 Jahre. Warum soll man mehr Lasten aufbürden beziehungsweise weniger Leistungen gewähren, nur weil man sagt, im schlechtesten Fall wird es vielleicht in 30 Jahren nicht mehr möglich sein, die jetzigen Leistungen zu erbringen.

**Manfred Batliner:** Ich denke einfach jede Lösung, die daraus wachsen wird, braucht eine Vorlaufzeit von mindestens 10 Jahren. Also man muss die Bevölkerung vorbereiten. Wenn man in

der Leistungsebene Verschiebungen oder wenn man Rentenalterverschiebungen macht, dann muss die Wirtschaft auch noch mitspielen. Das heisst, die Wirtschaft muss die Leute auch aufnehmen, die Wirtschaft muss auch Angebote machen. Deshalb sage ich ja, um die AHV-Kasse langfristig zu sichern, ist es wichtig, dass man jetzt vorbereitet und plant. Was ist schon die perfekte Lösung? Wichtig ist, dass diskutiert wird und ein Optimum erzielt wird, perfekt wird sie nie. Aber, dass wir es gar nie behandeln, das ist ein grosser Mangel. Wir haben noch eine gute Situation: Liechtenstein hat noch einen guten Stand, Liechtenstein hat noch eine gute AHV-Kasse und es ist mir einfach wichtig, dass auch unsere Nachfahren, Kinder, Enkelkinder wirklich gute Rahmenbedingungen haben, wo sie auch am Standort Liechtenstein eine gute Entwicklungschance haben. Dies ist die Intention.

**Dr. Peter Wolff:** Es ist ein Irrtum zu glauben, dass dieses Thema gar nicht behandelt wird. Es ist in dieser Vorlage der Regierung nicht behandelt worden, das stimmt. Aber die Regierung hat sich in-

tern vorher mit diesem Thema sehr umfassend befasst. Es hat eine Arbeitsgruppe gegeben, welcher AHV-Geschäftsführer Walter Kaufmann, ich als Präsident der AHV und teilweise auch andere AHV-Mitarbeiter angehört. Diese Arbeitsgruppe befasste sich mit Zukunftsszenarien und möglichen Rechtsänderungen. Wobei wir AHV-Vertreter in Äusserungen eher zurückhaltend waren. Dies deshalb, weil wir jetzt schon sagen, dass wir nicht wissen, was in 20 oder 30 Jahren sein wird und was wir uns in Zukunft noch leisten können. Wir können nicht vorsorglich Einschnitte mit der Begründung, um die langfristige Entwicklung umzusetzen, vorschlagen. Ich halte das für die jetzigen Bezüger und für die jetzigen Beitragszahler für ungerechtfertigt. Man kann heute niemandem politisch plausibel machen, dass auf die 13. Rente verzichtet werden oder jemand ein oder noch mehr Jahre später in Pension gehen soll. Ich bin nicht einverstanden damit, dass die Beiträge nur mit der Begründung, dass wir es heute zwar nicht brauchen aber vielleicht in 30 Jahren, erhöht werden sollen.

**Manfred Batliner:** Sie haben mich falsch verstanden. Ich habe gesagt, dass jede Massnahme frühestens in 10 Jahren Wirkung entfalten wird.

**Dr. Peter Wolff:** Es braucht eine Vorlaufzeit von 10 Jahren.

**Manfred Batliner:** Es braucht eine Vorlaufzeit für die Wirkung, wenn eine Veränderung stattfindet. Es ist nicht nur ein Thema der AHV, sondern es ist auch ein Thema der Wirtschaft, die das zu begleiten hat. Bis die Wirtschaft veränderte Job-Angebote bietet, hat auch die AHV einige Hausaufgaben zu machen. Bei der Arbeitsgruppe, die Sie erwähnen, stellt sich mir die Fragen, was hat sie erarbeitet, wie viele Male hat sie getagt? Meines Wissens hat sie keine grosse Arbeitsintensität auszuweisen und auch von Seiten der Ergebnisse ist es eher dürftig.

**Dr. Peter Wolff:** Die Arbeitsgruppe hat einen ganzen Fragenkatalog an möglichen Einsparungsmassnahmen auf Seiten der AHV, die natürlich durch den Gesetzgeber beschlossen werden müssen, ausformuliert und dargestellt und auch statistisch untermauert. Es ist dann Sache der Regierung, was sie davon zum jetzigen Zeitpunkt herauspickt, um in Zusammenhang mit dem Hauptthema, nämlich der Sanierung des Staatshaushaltes, Entlastungen zu beschliessen.

*Dr. Wolff, nach dem Landtagsentscheid wurde von der zuständigen Regierungsrätin betont, der AHV fehle es nun an Planungssicherheit und der Landtag solle auf seinen Entscheid zurückkommen und diesen rückgängig machen. Der Entscheid kommt bekanntlich erst ab dem Jahr 2018 zum Tragen. Das sind ja noch einige Jahre. Weshalb muss diese Planungssicherheit so langfristig ausgelegt sein?*

**Dr. Peter Wolff:** Das hat mit dem sogenannten versicherungsmathematischen Gutachten zu tun. Für dieses Gutachten ist es von Wichtigkeit, eine Rechtsgrundlage zu besitzen, durch welche festgestellt werden kann, dass gesetzlich festgelegt ist, dass die AHV-Finanzierung gewährleistet ist. Wenn ab 2018 kein Staatsbeitrag gewährleistet ist, werden diese Versicherungsmathematiker feststellen, dass derzeit keine Rechtsgrundlage vorhanden ist. Dann werden sie von völlig neuen Prämissen ausgehen und damit kann man sich gewisse Leistungen, die heute vorgesehen sind, nicht mehr leisten. Diese Gutachten werden meistens über einen Zeitraum von zehn bis 15 Jahren grössenordnungsmässig erstellt, weshalb die Abschaffung des Staatsbeitrages ein relevanter Umstand ist. Der Praktiker wird sich natürlich sagen, dass es nicht wahrscheinlich ist, dass die AHV ab 2018 keinen Staatsbeitrag erhält, sondern dass gesetzlich wieder etwas geändert wird. Aber der Umfang des Staatsbeitrages ist die grosse Unsicherheit, auch für die Praktiker.

**Manfred Batliner:** Die Wahrscheinlichkeit ist schon sehr klein, dass ab 2018 kein Staatsbeitrag an die AHV geleistet wird.

**Dr. Peter Wolff:** Aber man weiss eben nicht in welchem Umfang und das wollen wir nicht. Bei der Planungssicherheit kann man nicht annehmen, dass es irgendetwas geben wird. Wir müssen wissen, wie viel es sein wird. Die AHV und damit die Rentner, die davon Geld beziehen, wollen wir nicht hängen lassen, das kann sich gar niemand leisten.

**Manfred Batliner:** Dann müsste man diese Versicherungsmathematiker bitten, sie sollen doch einmal das Szenario CHF 50 Mio. plus 2 Mio. plus 2 Mio. plus 2 Mio. durchrechnen. Wenn sie Lust haben, können sie auch noch die heutige gesetzliche Variante durchrechnen. Von daher ist der Aufwand ja kein anderer. Sie müssen nur die verschiedenen Formeln aufnehmen, das ist ja nicht die grosse Herausforderung. Die demografische Entwicklung ist die grosse Herausforderung.

**Dr. Peter Wolff:** In dem versicherungsmathematischen Gut-

achten steht dann natürlich, dass die Fachleute die Berechnungen auf reinen Spekulationen nicht vornehmen können, weil es keine gesicherte Rechtsgrundlage gibt.

*Herr Batliner, die Ausführungen von Peter Wolff belegen, dass es eilt. Was erwarten Sie in nächster Zeit?*

**Manfred Batliner:** Ich erwarte, dass sich die Regierung dieser Thematik annimmt. Sie soll ein Konzept ausarbeiten und sagen, was wir wie tun können. Sie muss mit der Wirtschaft sowie mit den Verantwortlichen der Sozialversicherungssysteme diskutieren und den Betroffenen sagen, ob und wenn ja welche Veränderung es geben wird. Wir haben nun Mal diese demographische Entwicklung. Diese hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Wir dürfen nicht gegen eine Wand laufen, sondern müssen Planungssicherheit herstellen. Das betrifft nicht nur die AHV, sondern - wenn es Veränderungen im Rentenalter geben würde - auch die Leute, die im Arbeitsmarkt tätig sind und von diesem angenommen werden müssen. Wenn es längere Lebensarbeits-

zeiten gibt, müssen diese Personen auch eine Stelle haben, evtl. werden Teilzeitmodelle geschaffen werden müssen, damit man aus dieser Demografie-Falle heraus kommt. Es ist mir wichtig, dass dies angegangen wird. Und um es nochmals zu sagen, die Lösungen die daraus entstehen, sehe ich nicht darin, dass wir kurzfristig die 13. Monatsrente abschaffen oder Rentenkürzungen vornehmen. Das ist nicht in meinem Sinn. Sondern der Sinn dieser Lösung soll sein, dass die Wirkung erst in zehn Jahren folgen wird und darum plädiere ich dafür, dass man jetzt die Thematik angeht und diskutiert und Lösungsvarianten anschaut und auch eben diese notwendige Vorbereitungszeit hat.

**Dr. Peter Wolff:** Man hat ja bisher immer schon Voraussagen gehabt, seit es die AHV gibt. Ich verfolge dies nun schon ungefähr seit 25 Jahren. Man hat sich eigentlich immer an diesen Voraussagen orientiert. In den 90er Jahren hat man, im Hinblick auf die sehr guten Zukunftsaussichten, die es damals gab, Veränderungen eingeführt. Diese haben mehr Geld gekostet, da man das



*«Die Folgen dieser Bevölkerungsentwicklung müssen wir jetzt lösen, da sonst die AHV vor existentielle Probleme gestellt werden wird». (Manfred Batliner)*

Rentenalter gesenkt und die 13. Monatsrente eingeführt hat. Nun hat man bei der Frührente die bevorzugten Kürzungssätze reduziert und somit wieder etwas rückgängig gemacht. Wenn sich die Zukunftsaussichten ändern, wird es wieder eine Gegenbewegung geben. Es ist notwendig dies fortlaufend, beispielsweise in einem 5-Jahres-Rhythmus, näher zu beleuchten. Ich möchte es noch einmal sagen: Ich persönlich bin eher skeptisch gegenüber so weitreichenden Voraussagen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil ich gerade im AHV-Bereich gesehen habe, dass die Voraussagen dieser Art meistens absichtlich zu pessimistisch sind, um sich nicht später den Vorwurf einzuhandeln, man hätte etwas zu positiv dargestellt und die Worst-Case-Szenarien nie eingetreten sind. Das halte ich nicht für ein Argument, um nichts zu machen. Aber das halte ich immer ein wenig als Argument, um alles ein wenig mit Vorsicht anzugehen. Man kann nicht davon ausgehen, dass alle Prognosen 1:1 Realität werden. Ich glaube, die richtige Vorgehensweise wäre, nach und nach zu sehen und zu reagieren. Dann können Prognosen auch angepasst werden und erhalten dadurch mehr Richtigkeit. Trend-Voraussagen aus dem Jahr 2010 zu nehmen, um zu sagen von was wir die nächsten zehn Jahre ausgehen müssen, scheint mir zu vage und unsicher zu sein.

**Manfred Batliner:** Es ist aber nun Mal Tatsache, dass die Gruppe der Rentenbezüger immer grösser wird und jene Beitragszahler konstant bleibt ...

**Dr. Peter Wolff:** ... Die AHV hängt ja im wesentlichen von der Anzahl der rentenberechtigten Versicherten und aufgrund des Finanzierungssystems von den Lohnsummen ab ...

**Manfred Batliner:** ... Die AHV-Entwicklung ist ja noch eine ganz andere. Wir haben heute knapp 17'000 Rentenbezüger. 2/3 davon leben im Ausland. Diese 2/3 beziehen 1/3 der gesamten Rentenauszahlung und dieser Anteil wird weiter steigen. Wir haben auch die Thematik der Frühpension. 60

bis 70 Prozent nutzen diese Frühpension, um in den nächsten Lebensabschnitt einzutreten.

**Regierungsrätin Renate Müssner hat gesagt, wenn man das Pensionsalter auf 68 Jahre hinaufsetzt, dann wären alle Probleme gelöst. Ist es so einfach?**

**Dr. Peter Wolff:** Ich habe das nicht nachgerechnet. Man muss meiner Meinung nach schon handfeste, zwingende Argumente haben, das Pensionsalter - und sei es auch nur ein Jahr - hinaufzusetzen. Einfach nur prophylaktisch zu sagen, ja wunderbar, wir setzen das Pensionsalter um vier Jahre hinauf, dann haben wir keine Sorgen mehr und brauchen uns mit der ganzen Thematik nicht mehr zu befassen, finde ich nicht richtig und ich nehme auch nicht an, dass die Frau Regierungsrätin das im Sinn hat.

**Manfred Batliner:** Ich denke natürlich auch, dass diese Aussage nicht richtig ist. Die Probleme werden damit nicht gelöst, sondern fangen erst richtig an. Wenn man sich um die Menschen im Land kümmert, welche sich in dieser Situation befinden, muss man die Thematik aufnehmen. Dann muss man sagen, welche Existenzgrundlagen diese Personen haben sollen. Zur Existenz gehört die Arbeitsstelle und darum ist es wichtig, mit der Wirtschaft zu diskutieren. Es müssen Fragen besprochen werden, ob es Arbeitszeitmodelle gibt, die altersgerecht ausgestaltet sind. Ich denke, wir sind heute einer hohen Leistung ausgesetzt und es gibt auch Bevölkerungsgruppen, welche diesem Druck nicht so gut standhalten können. Diese sind froh, mit 60 in Rente gehen zu können und darum ist es auch wichtig, dass es Modelle für diese Gruppierungen gibt.

**Dr. Wolff, Sie haben im Liechtensteiner Vaterland gesagt: «Im Fonds haben wir 2,5 Mrd. Franken, damit kommen wir noch zehn Jahre, auch ohne irgendwelche Einkünfte aus». Ich nehme an, dass sie diese Rechnung ohne Staatsbeitrag**

**gemacht haben. Machen wir hier aus einer Mücke einen Elefanten, wenn die AHV auf so gesunden Füssen steht?**

**Manfred Batliner:** Ich denke, damit Liechtenstein im Wettbewerb mit den Staaten diese Voraussetzung auch weiterhin anbieten kann, ist es nötig, diese finanzielle Grundlage zu haben. Diese will ich der nächsten Generation mitgeben. Ich will meinen Kindern nicht die guten Voraussetzungen abbauen. Dass vielleicht eine Schwankung möglich ist, ist für mich in Ordnung. Aber grundsätzlich möchte ich meinen Nachkommen die Reserven nicht abbauen.

**Dr. Peter Wolff:** Das möchte niemand. Grundsätzlich haben die Reserven nicht einen Selbstzweck, sondern sind dafür da, dass man sie brauchen sollte, um dem Zweck zu dienen. Dies sollte in geringst möglichem Umfang sein. Dafür gibt es auch eine gesetzliche Vorschrift, die besagt, dass der Fonds mindestens fünf Jahresausgaben beinhalten muss. Also wenn der Fonds unter fünf Jahresausgaben sinken sollte, dann muss man sich Änderungen überlegen und die auch so rasch als möglich vornehmen.

**Manfred Batliner:** Das ist genau das, was ich nicht will. Ich will nicht, dass man gezwungen ist, Veränderungen herbeizuführen. Ich möchte, dass Liechtenstein seine Standortvorteile möglichst lange behalten kann. Ich möchte die günstigen Sozialversicherungsbeiträge und die günstigen Steuern, welche wir heute haben, beibehalten, damit der Staat seine Wettbewerbsfähigkeit und Standortattraktivität nicht verliert.

**Dr. Peter Wolff:** Die günstigen Rahmenbedingungen, seien es die niedrigen Steuern, seien es die Sozialversicherungsbeiträge können wir nur aufrecht erhalten, wenn die Wirtschaft läuft. Patentrezepte für eine immer boomende Wirtschaft bis in die entferntere Zukunft, wird es nicht geben.

**Manfred Batliner:** Das ist klar, aber es gilt zu planen. Wir müssen

der Grundaussage nachleben, dass wir möglichst wenig Beiträge zahlen möchten.

**Dr. Peter Wolff:** Ich könnte mir vorstellen, in diesem Sinne gewisse Szenarien zu entwickeln. Wenn das und das eintrifft, muss es diese und jene Veränderung geben, damit negative Entwicklungen aufgefangen und die bestehenden Leistungen mit Sicherheit erbracht werden können. Aber heute schon Rechtsänderungen im Hinblick auf notwendige Veränderungen, die vielleicht in 20 Jahren eintreten, beschliessen, erscheint mir nicht sinnvoll zu sein.

**Manfred Batliner:** Wir können diese ja auch nicht beschliessen, weil wir noch nicht einmal angefangen haben, diese zu diskutieren.

**Dr. Wolff, der Mehrheitsentscheid des Landtags steht. Was erwarten Sie in Ihrer Funktion als AHV-Präsident a) von der Regierung, b) vom Landtag?**

**Dr. Peter Wolff:** Ich erwarte, dass jemand, der im Landtag antragsberechtigt ist, eine Gesetzesinitiative einbringt. Andererseits ist die Regierung jene Behörde, die die besten Ressourcen hat, um einen Antrag vorzubereiten und zu begründen. Ich erwarte, dass eine dieser Institutionen einen Gesetzesänderungsantrag einbringt, der für die AHV dieser Sicherheit betreffend den Umfang der staatlichen Mitfinanzierung ab dem Jahr 2018 bringt.

**Herr Batliner, werden Sie einen solchen Antrag einreichen?**

**Manfred Batliner:** Nein, so einen Antrag werde ich nicht einreichen. Es geht ja schliesslich nur um einen Geldtransfer zwischen Staatskasse und AHV-Kasse. Ich erwarte von der Regierung, dass sie die demografische Thematik mit den Sozialversicherungen und mit der Wirtschaft diskutiert und Szenarien erarbeitet. Dann können wir zusammen die Weichen über den Geldtransfer zur AHV-Kasse diskutieren und die notwendigen Massnahmen umsetzen.